



Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen SPD	Vorlagen - Nr.: VO/0040/2008 Status: öffentlich Datum: 30.01.2008 Eingang: 30.01.2008	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Gentechnisch veränderter Mais

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Marburg protestiert gegenüber dem Land Hessen und der Universität Gießen schärfstens dagegen, dass die Universität Gießen auf Flächen in Rauschholzhausen gentechnisch veränderten Mais anbauen will.
2. Das Land Hessen und die Universität Gießen werden aufgefordert, ihre Pläne umgehend zurückzunehmen.
3. Die unmittelbaren Grundstücksnachbarn und die Gemeinde Ebsdorfergrund werden von der Universitätsstadt Marburg in ihrer Ablehnung des Gen-Tech-Versuches unterstützt.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, alle rechtlichen und politischen Mittel zu prüfen, um den Anbau gentechnisch veränderter Maispflanzen in Rauschholzhausen zu verhindern.
5. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss, dass auf städtischen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden dürfen.
6. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihre Mitgliedschaft im Aktionsbündnis gentechnikfreie Region Marburg-Biedenkopf.
7. Die Stadtverordnetenversammlung ruft alle landwirtschaftlichen Betriebe, Lebensmittelhandel und Verbraucher dazu auf, keine gentechnisch veränderten Futter- und Nahrungsmittel einzusetzen bzw. zu verkaufen und zu kaufen.

Begründung:

Am 19. Januar 2008 berichtete die Oberhessische Presse, dass die Universität Gießen beabsichtigt, auf Flächen in Rauschholzhausen gentechnisch verändertes Saatgut der Sorte Mon-810 der Firma Monsanto auszusäen. Die Universität Gießen hat diese Planungen bestätigt.

Die Planungen der Universität Gießen stellen eine unmittelbare Bedrohung der Existenz von Landwirtschaft und Imkerei in der Region und der Stadt Marburg dar. Insbesondere die jahrzehntelangen Bemühungen, konventionell erzeugte Produkte aus der Region gezielt als Regionalerzeugnisse zu vermarkten, werden durch den Anbau und die Verbreitung gentechnisch veränderter Pflanzen zunichte gemacht. Viele Ökolandbetriebe und ökologisch wirtschaftende Betriebe, die z.T. in unmittelbarer Nachbarschaft zu den geplanten Versuchsflächen anbauen, stehen vor einer Zerstörung ihrer Existenz. Ein unkontrolliertes Auskreuzen kann die Maisernten einer ganzen Region für den Ökolandbau wie auch als konventionelle Nahrung unbrauchbar machen. Alle konventionell erzeugte, gentechnisch "verseuchte" Produktion müsste als solche gekennzeichnet werden und wäre damit praktisch unverwertbar, weil am Markt nicht mehr absetzbar.

Für die Imkereien der Region droht nicht absehbarer Schaden, da die Verkaufsfähigkeit potentiell gentechnisch verunreinigten Honigs stark sinken dürfte. Die langfristigen Auswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen auf Bienen sind bis dato ungeklärt. Es gibt bislang zwar keine schlüssigen Hinweise darauf, dass das "amerikanische Bienensterben" auf gentechnisch veränderte Organismen zurückzuführen ist. Eine andere Ursache ist bislang aber auch noch nicht gefunden worden.

In Frankreich ist der Anbau dieser Maissorte erst vor kurzem verboten worden, weil nach wie vor ernsthafte Bedenken bestehen, dass die Pflanzen nicht geeignet sind, erhebliche Risiken zu bergen. Es ist ein vom Land Hessen und der Universität Gießen zu vertretender Skandal, dass diese in Frankreich aus dem Verkehr gezogene Sorte nunmehr trotz der Sicherheitsbedenken angebaut werden soll.

Im Interesse der Bevölkerung der Universitätsstadt Marburg müssen alle denkbaren Schritte unternommen werden, um den Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte in Rauschholzhausen zu verhindern. Hierfür sind die geeigneten rechtlichen und politischen Schritte einzuleiten bzw. zu unterstützen.

Dietmar Göttling

Ralf Musket